

Keine Lust auf kantonale Wahlen

Neue Gemeindestudie zeigt: Die Beteiligung an kantonalen Wahlen ist im Aargau ganz besonders tief. Aber warum? Eine Spurensuche.

Mathias Küng

Alle vier Jahre werden die Behörden neu gewählt. Dieses Jahr sind die Gemeinden dran. Letztes Jahr waren es der Grosse Rat und die Regierung. Bei den kantonalen Wahlen fällt im Aargau immer wieder die tiefe Wahlbeteiligung auf – obschon Hunderte von Wahlplakaten an Durchfahrtsstrassen und Kreuzungen prangen. Am Nicht-Wissen der Wählerinnen und Wähler kann es also nicht liegen.

Eine in Zürich vorgestellte Gemeindestudie der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) von Reto Steiner und Andreas Ladner bringt jetzt an den Tag, dass die Wahlbeteiligung im Aargau nicht nur gefühlt sehr tief ist. Sie zeigt: Ausser in Glarus ist sie bei kantonalen Wahlen nirgendwo so tief wie im Aargau. Laut der Studie ist nicht ganz klar, wie die gesamtschweizerischen tiefen Beteiligungswerte zu interpretieren sind. Einerseits können sie Ausdruck von Unzufriedenheit mit dem politischen Angebot und dem politischen System schlechthin sein, andererseits aber auch als Indiz dafür gelten, dass die Betroffenen zufrieden mit dem Bestehenden sind.

Mehrere Regionen, und starkes Zentrum fehlt

Warum ist die Beteiligung im Aargau so tief? «Eine komplexe Frage ohne eindeutiges Erklärungsmuster», sagt Reto Steiner. Er dachte erst, es könnte einen Bezug dazu geben, dass der Aargau ein einst von Napoleon geschaffener Mediationskanton ist. Da die Beteiligung im Mediationskanton St. Gallen aber markant höher ist, kann es nicht daran liegen. «Meine These ist», so Steiner, «dass der Aargau aus mehreren Regionen besteht und ein starkes Zentrum fehlt, das genug ausstrahlen vermag, so dass man sich damit



Alle vier Jahre sind kantonale Wahlen – das zeigt sich unter anderem am Plakatwald, wie hier in Baden. Doch nur ein Drittel der Wahlberechtigten nimmt tatsächlich teil. Bild: Sandra Ardizzone

auch in entfernten Bezirken identifizieren könnte. Die Nähe des Fricktals zum Zentrum Basel und des Ostaargaus zu Zürich – und damit einhergehend

viele Pendlerinnen und Pendler in diese Zentren – ist einer stärkeren Identifikation mit dem Kanton Aargau ebenfalls nicht dienlich.»

Andererseits beobachtet Steiner im Aargau eine genauso grosse und lebendige Parteienlandschaft, einen starken Wettstreit um die Wählergunst und nicht

weniger Konflikte als in anderen Kantonen. Steiner sieht aber auch, «dass der Aargau, seine Grösse, seine starke Industrie und weitere Vorzüge vom Rest der Schweiz komplett unterschätzt werden».

Aber wie kommt es, dass der Kanton Wallis als kantonal Spitzenreiter eine fast doppelt so hohe Wahlbeteiligung aufweist wie der Aargau (vgl. Tabelle)? Das sei so zu erklären, dass das Wallis aus zwei Regionen (Ober- und Unterwallis) besteht, die untereinander in starker Konkurrenz stehen, sagt Steiner: Dazu kommt ein grosses Konfliktfeld zwischen CVP/Die Mitte und Liberalen sowie SVP: «Das mobilisiert.» Um wirklich sagen zu können, woher die Unterschiede bei der Beteiligung kommen, müsste man die Bevölkerung direkt befragen.

Beteiligung hängt auch von Verbundenheit ab

Studien zeigen, dass die Wahlbeteiligung in katholischen Kantonen höher ist, sagt der Wahlforscher Thomas Milic vom Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA). Die Beteiligung hänge aber auch von der Verbundenheit und der Identifikation mit dem Kanton ab: «Das wieder ist mit abhängig davon, ob der Kanton historisch gewachsen ist. Im Wallis, in Graubünden oder im Tessin ist die Verwurzelung aus der Geschichte heraus grösser.»

Natürlich ist die Wahlbeteiligung auch von der jeweiligen Wettbewerbssituation abhängig: «Es kommt drauf an», so Milic weiter, «ob man zum Vorherigen weiss, wer gewählt wird, oder ob eine echte Konkurrenz besteht, wie 2019, als Jean-Pierre Gallati (SVP), Yvonne Féri (SP) und weitere um einen Regierungssitz kämpften.»

Der Historiker Bruno Meier, Verleger zahlreicher Bücher auch zur aargauischen Geschichte, vermutet, die geringe

Teilnahme könnte damit zusammenhängen, dass sich die Menschen im Aargau nicht primär über den Kanton sondern über ihre Region definieren, sich also zuerst als Freiamter, Fricktaler, Zofinger oder Badener usw. sehen. Für viele sei der Kanton nicht die wichtigste Ebene.

Tiefe Wahlbeteiligung auch auf Gemeindeebene

Reto Steiner weist darauf hin, dass auch die Wahlbeteiligung auf Gemeindeebene im Schweizer Vergleich die fünfthöchste ist. Erstaunt ist er besonders, «weil die aargauischen Gemeinden eine überdurchschnittliche Autonomie haben und man hier deutlich mehr als im schweizerischen Mittel gestalten kann.»

Er glaubt, dass auch hier der je nach Gemeinde hohe Anteil an Berufspendlerinnen und -pendlern eine Rolle spielt. Er beobachtet zudem, dass der Kanton sich bemüht, für die Gemeinden gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Daran könne es also eigentlich nicht liegen. Er beurteilt den Aargau von aussen gesehen gar als «lokal sehr reformaktiv».

Ein Grund für das unterdurchschnittliche Engagement könnte aber auch darin zu finden sein, dass viele Gemeinden wegen ihrer Kleinheit über die eigene Region hinaus kaum wahrgenommen werden, so Steiner. Der nationale Trend zeige jedoch, dass die Beteiligung an Wahlen in Kleinstgemeinden relativ hoch sei, weil man sich der Gemeinschaft verpflichtet fühle, und ebenso in den grossen Gemeinden und Städten, weil dort die Machtfülle und mediale Aufmerksamkeit deutlich höher seien. In den mittleren Gemeinden, von denen der Kanton Aargau viele hat, falle man in eine Zwischenzone: «Man hat eine gewisse Anonymität, ist aber nicht am Brennpunkt des Geschehens.»

Beteiligung an kantonalen Wahlen in Befragung 2017

Kanton	Beteiligung	Kanton	Beteiligung
VS	64,9 %	LU	44,2 %
TI	61,8 %	AR	43,5 %
SH	61,4 %	GR	43,4 %
BS	57,7 %	FR	42,2 %
JU	55,7 %	SZ	41,1 %
UR	51,1 %	BL	38,5 %
NW	50,5 %	ZH	37,4 %
SG	47,2 %	BE	36,4 %
ZG	46,8 %	NE	36,2 %
OW	45,9 %	TG	35,6 %
GE	45,6 %	AG	34,9 %
SO	45,3 %	GL	27,0 %
VD	44,3 %	Total	43,8 %

Vergessen, überfordert

In ihrer Fokus-Aargau-Studie zu den Grossratswahlen 2020 haben Forscher des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) die Gründe für die Nichtteilnahme erfragt. Am häufigsten (35 %) hiess es, man habe es vergessen. Weitere Gründe sind: Desinteresse (34 %), Überforderung (33 %), keine valablen Kandidierenden (32 %), Unentschlossenheit (23 %), Verhinderung (22 %), Bedeutungslosigkeit der eigenen Stimme (18 %), bevorzugte Partei/Kandidat chancenlos (7 %). (mku)

Dieth präsidiert neu Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Die beiden Basel, Aargau, Solothurn und Jura haben sich für das Rahmenabkommen starkgemacht. Welche Befürchtungen hegen sie jetzt?

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) hat den Aargauer Regierungsrat und Finanzdirektor Markus Dieth zum neuen Präsidenten für die Jahre 2021-2023 gewählt. Er will sich «insbesondere dafür einsetzen, dass die Nordwestschweiz als die bedeutende, bevölkerungsreiche und volkswirtschaftlich starke Region wahrgenommen wird, die sie ist». Sie soll in Bern im Parlament und in der Regierung, in der Konferenz der Kantonsregierungen und in der Öffentlichkeit Gehör finden. Wichtig seien gute Rahmenbedingungen für den Forschungs-, Innovations- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz.

Grenzüberschreitend Anliegen vortragen

Welche Nachteile befürchtet die Nordwestschweiz denn nach

dem Aus für das EU-Rahmenabkommen, zumal sie Standort von internationalen Forschungsanstalten und unzähligen, stark auf den Export ausgerichteten Unternehmen ist? «Für diese ist es ein Nachteil, wenn sie nicht am liberalen EU-Binnenmarkt partizipieren können oder mit zusätzlichen Handelshemmnissen konfrontiert werden», antwortet Markus Dieth.

Umso wichtiger werde es sein, nun den Dialog und die gute Zusammenarbeit in den Grenzregionen zu verstärken und unsere Anliegen und Interessen auf nationaler Ebene einzubringen – aber auch in inter-

kantonale und grenzüberschreitende Gremien. Dies werde einer der Schwerpunkte während seiner Zeit als NWRK-Präsident sein.

Die Lebensräume der Menschen, die Wirtschaftsräume und damit die politischen Herausforderungen erstrecken sich immer stärker über Kantons- und Kantonsgrenzen hinweg, betont Dieth. Dieser Trend werde weiter anhalten: «Umso wichtiger ist es, dass sich die Kantone über die Kantonsgrenzen hinweg gut abstimmen und koordinieren. Nur gemeinsam lassen sich zukunftsstrahlende Lösungen finden und umsetzen.»

Bei Horizon und Erasmus plötzlich aussen vor?

Fürchtet man denn in der Region, dass die Schweiz bei den EU-Programmen Horizon und

Konferenz vertritt 1,5 Millionen Einwohner

Der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) gehören die Kantone Solothurn, Baselstadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura an. Insgesamt wohnen rund 1,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in dieser Region. Die NWRK feiert dieses Jahr ihr 50-jähriges Bestehen.

Erasmus plötzlich aussen vor steht? Diese Programme seien die zentralen Bausteine des europäischen Forschungs- und Bildungsraums, betont Dieth. Gerade für unsere Region mit ihren gut vernetzten Forschungs- und Bildungsanstalten sei es wichtig, teilnehmen

zu können. Er geht aber davon aus, dass die EU kein Interesse habe, die Schweiz vom gemeinsamen Forschungsprogramm auszuschliessen. «Wir haben in diesem Bereich viel zu bieten. Das müssen wir klar aufzeigen.»

Region ist auf die 70 000 Grenzgänger angewiesen

Aber befürchtet der neue NWRK-Präsident Nachteile bei den Grenzgängern? Er winkt ab: «Unmittelbare Nachteile aufgrund des gescheiterten Rahmenabkommens erwarte ich keine. Die engen Verbindungen und guten Beziehungen über die Landesgrenzen hinaus sind zum Glück im Interesse aller.»

Die Region und ihre Unternehmen seien auf die rund 70 000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger angewiesen. Umgekehrt biete man attraktive und

gut bezahlte Arbeitsplätze, «wo von unsere ausländischen Nachbarn profitieren».

Weibern in Bundesbern für «Svizra27»

Und wofür will man sich in Bundesbern starkmachen? Da stehe die Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandorts Nordwestschweiz im Fokus, antwortet der neue NWRK-Präsident. Zudem setze man sich beim Bund für die Landesausstellung in der Nordwestschweiz, «Svizra27», ein.

Die Nordwestschweizer Kantone würden beispielsweise auch im Rahmen der oft kantonsübergreifenden Agglomerationsprogramme eng zusammenarbeiten und setzen sich beim Bund für deren Genehmigung im Sinne der Nordwestschweiz ein. (mku)